

Karl Wilhelm Fricke

Vor dem Vergessen bewahren

Manfred Wilke, Die Streikbrecherzentrale, der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) und der 17. Juni 1953, Lit Verlag, Münster 2004, 328 Seiten, 29,90 Euro.

Edda Ahrberg/Hans-Hermann Hertle/Tobias Hollitzer (Hrsg.): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, Lit Verlag, Münster 2004, 212 Seiten, 19,90 Euro.

In ihrem politisch-ideologischen Selbstverständnis definierte sich die SED als „führende Kraft der Arbeiterklasse“ in Staat und Gesellschaft, dazu berufen, in der DDR die Diktatur des Proletariats durchzusetzen. Folgerichtig war den Gewerkschaften, die im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) zusammengeschlossen waren, im Herrschaftssystem der DDR die Funktion zugewiesen, als „Transmissionsriemen“ der Partei und

„Schulen des Sozialismus“ mobilisierend und disziplinierend auf die Arbeiterschaft einzuwirken. Die primäre Zielsetzung hieß Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Betrieben der „volkseigenen“ Industrie. Die Basis bildeten straff in das Organisationsgefüge des FDGB eingebundene Betriebsgewerkschaftsleitungen.

Die fatale Rolle des FDGB beziehungsweise seines hauptamtlichen Funktionärsapparates während des Aufstandes, der mit dem Datum des 17. Juni 1953 verbunden ist, ergibt sich aus diesem Kontext. „Der wichtigste Auftrag des FDGB war es, am 17. Juni den möglichen Generalstreik unter allen Umständen zu verhindern“ – so Manfred Wilke in der Einleitung seines Buches. Statt sich mit den Arbeitern und ihrer spontanen Selbsthilfe gegen eine administrativ verfügte Erhöhung der Arbeitsnormen um mindestens zehn Prozent zu solidarisieren, betätigte sich die mit kommunistischen

Kadern besetzte Führung des FDGB als „Streikbrecherzentrale“ – was übrigens der ersten, bis 1968 gültigen DDR-Verfassung insofern zuwiderräte, als sie in Artikel 14 den bedeutungsschweren Satz enthielt: „Das Streikrecht der Gewerkschaften ist gewährleistet.“

Herrschaftsinstrument der SED

Wie weit der 1953 rund fünf Millionen Mitglieder zählende FDGB zum Herrschaftsinstrument der SED verkommen war, bewies in eklatanter Weise seine aktive Mitwirkung beim Abwürgen der Streikbewegung vom 17. Juni und beim Aufspüren von Streikführern auf Baustellen und in Betrieben. „Provokateure unbedingt entlarven und festnehmen lassen“ – dekretierte ein Fernschreiben, das Herbert Warnke, seinerzeit Vorsitzender des FDGB, am 18. Juni 1953 an alle Bezirksvorstände des FDGB schickte.

Warnkes Fernschreiben gehört zu den 61 meist

erstmalig publizierten Dokumenten, die in der vorliegenden Edition im Wortlaut wiedergegeben werden. In Analyse und Dokumentation untersucht Wilke die spezielle Fragestellung, wie der FDGB-Apparat am 17. Juni gegenüber den Streikenden agiert und zur „Wiederherstellung der Ordnung“ in den Betrieben beigetragen hat. Die ausgewählten Dokumente, die vornehmlich aus der Überlieferung des FDGB in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen stammen, konzentrieren sich auf die dramatischen Tage vom 15. bis 21. Juni. Zusätzlich konnten Wilke und sein Mitarbeiter Andreas Graudin auch die im Archiv der Sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung verwahrten Akten aus dem Nachlass des Gewerkschaftshistorikers Gerhard Beier heranziehen, der seinerzeit Zugriff auch auf Moskauer Archive hatte, als er in den neunziger Jahren an seiner Dokumentation über den 17. Juni arbeitete.

Allein gelassen

Die in zehn Kapitel gegliederte Edition behandelt nach einem gerafften Überblick über Gründung und Entwicklung des FDGB die Vorgeschichte des 17. Juni, die von den radikalen Beschlüssen der

2. Parteikonferenz der SED über den forcierten „Aufbau des Sozialismus“ und ihrer von Moskau oktroyierten Korrektur durch eine Politik des Neuen Kurses geprägt war. Als trotz Neuen Kurses die Erhöhung der Arbeitsnormen, die faktisch auf eine Lohnkürzung hinauslief, zunächst beibehalten wurde, entschlossen sich die Bauarbeiter in der Stalinallee und am Friedrichshain in Ost-Berlin als Erste zum kollektiven Protest. Von ihrer Gewerkschaft allein gelassen, gingen sie zur Selbsthilfe über, zu Streiks, die binnen 24 Stunden von den Großbaustellen republikweit auf den Schwermaschinenbau, die Chemie und die Elektroindustrie übergriffen und am 17. Juni zu Demonstrationen und zur Rebellion eskalierten.

Exemplarische Dokumentation

Die dramatischen Vorgänge in Ost-Berlin und in der ostdeutschen Provinz wurden anhand der Meldungen, die dem „Sektor Information“ beim Bundesvorstand des FDGB aus den Bezirksvorständen zugingen, analysiert und zu aktuellen Lageberichten für die Gewerkschaftsführung zusammengestellt. Ihre exemplarische Dokumentierung macht das Beson-

dere an Wilkes Buch aus. Die Edition spiegelt das Geschehen um den 17. Juni aus der Perspektive des FDGB wider. Die Gewerkschaftsbürokratie war gut informiert. Vor allem war sie sich jederzeit über die Spontaneität der Streiks im Klaren sowie über das Faktum, dass die sozialen und ökonomischen Forderungen der Streikenden von Anfang an von politischen Losungen flankiert waren. „Freie Wahlen“ – das war das bestimmende Verlangen.

Bezeichnenderweise übernahm der FDGB in seiner Propaganda ohne Zögern die Sprachregelung der SED vom 17. Juni als „Tag X“, der vom Westen als „faschistischer Putsch“ in der DDR inszeniert worden wäre, „obwohl die eigenen Lageberichte“, wie Wilke mit Recht hervorhebt, „von den Straßen in Berlin am 17. Juni und aus den Bezirken diese Konstruktion widerlegten“.

Position des FDGB

Das letzte Kapitel beinhaltet die „Restauration der SED-Herrschaft“. Wilke wählt diese Formulierung mit Bedacht, weil er den 17. Juni als „gescheiterte Revolution“ begreift und der Begriff der Restauration in der Geschichte gescheiterter Revolutionen fest umrissen ist, nämlich die Wiederaufrichtung ei-

Volksaufstand in der DDR:
Ost-Berliner marschieren am 17. Juni 1953 mit wehenden Fahnen vom Ost-Sektor aus durch das Brandenburger Tor. Nach Streiks in Ost-Berlin kam es zum Volksaufstand, der von sowjetischen Truppen niedergeschlagen wurde.

© dpa



nes gestürzten oder eines existenziell bedrohten Regimes meint.

Dank seiner originären Thematik bereichert Wilkes Buch die an sich weit gediehenen Forschungen zur Geschichte des Juni-Aufstandes durch spezielle Erkenntnisse über die Position des FDGB am 17. Juni, ohne deshalb den allgemeinen historischen Zusammenhang und die rabiate Vorgehensweise der Machthabenden zu vernachlässigen. Zu den

aussagekräftigsten Dokumenten, die er ausbreitet, gehören geheime Berichte, die aus dem sowjetischen Krisenstab in Berlin-Karlshorst am 17. Juni und den folgenden Tagen dem Kreml übermittelt wurden. Was der Generalstabschef der Sowjetarmee, Marschall Wassili Sokolowski, der aus Moskau eingeflogen worden war, um den bewaffneten Einsatz der Roten Armee gegen die Aufständischen zu leiten, und Botschafter

Wladimir Semjonow, der sowjetische Hochkommissar in Deutschland, aktuell nach Moskau berichtet haben, ergibt ein dichtes Bild von der inneren Situation in ihrem Lagezentrum, seiner militärischen Befehlskette und seinen politischen Entscheidungssträngen.

Tod durch Erschießung

Am 18. Juni 1953 um 18.20 Uhr Ortszeit übermittelten Sokolowski und Semjonow einen Lagebericht, in

dem es zum Schluss lakonisch hieß: „In Berlin, Magdeburg, Jena und Görlitz haben die Militärrkommandanten die Todesurteile (insgesamt sieben) für die Organisatoren der Unruhen bekannt gegeben.“ Einer von ihnen, der Erste, der standrechtlich erschossen wurde, war der arbeitslose Kraftfahrer Willi Göttling aus West-Berlin, 35 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Reinickendorf. Wie der am Mittag des 17. Juni gegen 13.00 Uhr in Ost-Berlin in der Leipziger Straße Festgenommene in die Unruhen verwickelt worden war, ließ sich bis heute nicht klären. Aktenkundig ist lediglich, dass er am nächsten Tag gegen 16.00 Uhr den Russen übergeben wurde. Wie der Chef der Berliner Garnison, Generalmajor Pawel Dibrowa, verlautbaren ließ, ist Willi Göttling noch am selben Tage „zum Tode durch Erschießen verurteilt“ worden. „Das Urteil wurde vollstreckt.“ Das Opfer hinterließ Frau und zwei Töchter von sechs und acht Jahren. Was mit dem Leichnam des Erschossenen geschah, haben die Hinterbliebenen nie erfahren.

Göttlings Schicksal ist in dem von Edda Ahrberg, Hans-Hermann Hertle und Tobias Hollitzer gemeinsam mit der Stiftung zur Aufarbeitung der

SED-Diktatur herausgegebenen Buch über die *Toten des Volksaufstandes* so gut wie möglich dokumentiert worden. Durch Akten belegt werden weitere vier vollstreckte Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Aufständische: Alfred Dartsch und Herbert Stauch, Magdeburg; Alfred Diener, Jena, und Herbert Kaiser, Leipzig.

Insgesamt konnten in sorgfältiger Recherche 55 Todesopfer des 17. Juni, darunter vier Frauen, zweifelsfrei nachgewiesen werden. Darunter waren 34 Demonstranten und Passanten, die ihr Leben durch Schusswaffengebrauch sowjetischer Soldaten oder von DDR-Volkspolizisten verloren, zwei wurden durch DDR-Strafgerichte zum Tode verurteilt und hingerichtet, vier verübten in Untersuchungshaft Suizid, vier starben infolge unmenschlicher Haftbedingungen. Registriert wurde auch ein Opfer, das beim Sturm auf ein Gefängnis einen tödlichen Herzinfarkt erlitt. Zu Tode kamen auch fünf Angehörige der „staatlichen Organe“.

Verschleierung der Wahrheit

Außer Zweifel steht, dass die Gesamtzahl der Toten höher als 55 war. Die Dunkelziffer dürfte bei hundert liegen, aber sie ist

bis heute nicht zu belegen. Vielleicht wird sie nie mehr erforscht werden können, zumal die Regierung der DDR nach dem 17. Juni mit bewusst gefälschten Zahlen operiert hat und zeit ihrer Existenz bemüht gewesen ist, die Wahrheit über die Opfer zu verschleiern. Auch die Herausgeber des mit großteils bislang unveröffentlichten Fotos und Faksimiles beispielhaft bestückten Buches sind sich der Defizite bewusst. Sie bringen gleichwohl erstmals wissenschaftlich fundiert Licht in ein dunkles Kapitel. Entstanden ist ein bedrückendes Buch, dessen Lektüre betroffen macht, wenn es konkret vergegenwärtigt, welche Opfer der 17. Juni gefordert hat. „Die Darstellung ihres persönlichen Schicksals ist ein Versuch, die Toten vor dem Vergessen zu bewahren und ihnen und ihren Angehörigen und Freunden auf diese Weise eine späte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.“ Dies schreiben die Herausgeber in der Einleitung. Warum sie unter dieser Voraussetzung auch Stasi-Mitarbeiter und Volkspolizisten „würdigen“, die in Ausübung ihres Dienstes während der Juni-Unruhen zu Tode gekommen sind, bleibt allerdings unerfindlich.